

Medienbeobachtung

11.09.2023

Inhaltsverzeichnis

- S. 3 **Mehr Geld für Länder verlangt**
11.09.2023 , Tiroler Tageszeitung Seite 10

Tiroler Tageszeitung vom 11.09.2023

Mehr Geld für Länder verlangt

Kärntens Landeshauptmann warnt vor Einschränkungen für Bürgerinnen und Bürger.

Wien - Der Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) hat in der ORF-"Pressestunde" wieder Druck wegen eines neuen Verteilungsschlüssels beim Finanzausgleich gemacht, der zwischen Bund, Ländern und Gemeinden derzeit verhandelt wird. Die Kosten in von den Ländern verantworteten Bereichen wie Pflege, Gesundheit, Kinderbetreuung und Bildung seien "exorbitant gestiegen"; diese benötigten deshalb mehr finanzielle Mittel. Ohne Einigung drohten Einschränkungen bei den Leistungen.

Auch mit dem nun von Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP) ins Spiel gebrachten "Zukunftsfonds", über den es zweckgewidmetes Geld für Klima, Kinderbetreuung und Wohnen geben soll, gebe es immer noch zu wenig, um den Aufgaben nachzukommen, sagt Kaiser. So seien allein in der Kärntner Krankenanstaltengesellschaft die Kosten für onkologische Arzneimittel von acht auf 26 Millionen Euro gestiegen. Wolle man weiterhin Leistungen auf gutem Niveau, müsse es Reformen geben, etwa im Gesundheitsbereich, befindet Kaiser. "Die finanzielle Dotierung muss aber klar sein." Und so pocht er auf den von Landeshauptleuten und Landesfinanzreferenten vorgeschlagenen "vertikalen Finanzausgleich", bei dem Steuereinnahmen nach einem geänderten Schlüssel verteilt würden. Daran, dass der Bund die Steuern einhebt, will Kaiser nicht rütteln. Das sei "das Effizienteste, aber auch Effektivste". Wichtiger sei, dass das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dorthin fließe, wo die jeweilige Leistung für die Menschen erbracht werde.

Im Finanzministerium kann man mit einem "vertikalen Finanzausgleich" wenig anfangen. "Eine bloße Veränderung des Verteilungsschlüssels ist nicht zielführend", heißt es. Nötig seien gezielte Investitionen in die Bereiche Gesundheit, Pflege und Kinderbetreuung. Der "Zukunftsfonds" solle zudem dabei helfen, gemeinsame Ziele bei Kinderbetreuung, Wohnen, Klima und Umwelt zu erreichen. Der Wunsch der Länder nach mehr finanziellen Mitteln sei verständlich, aber auch der Bund habe Herausforderungen, müsse daher Schwerpunkte setzen.

Im Gesundheitsbereich hätten alle erkannt, dass Reformen notwendig sind, sagt Kaiser. Sein Begehren: IT-Lösungen, Stärkung der ambulanten Bereiche, Entlastung des stationären Bereichs, Verbesserungen im niedergelassenen Bereich, damit es nicht mehr monatelange Wartezeiten für Eingriffe gebe. All das werde nur gemeinsam möglich sein. "Wie soll eine Reform Bund gegen Länder, Gemeinden, von mir aus noch gegen Ärztekurien, funktionieren?"(APA, TT)

Die Kosten für Pflege, Gesundheit, Kinderbetreuung und Bildung seien "exorbitant gestiegen", sagt Landeshauptmann Peter Kaiser. Foto: APA/Jäger

| | |
|--------|----------------------|
| Quelle | Tiroler Tageszeitung |
| Typ | Tageszeitungen |
| Land | AT |

Sprache Deutsch

„Nicht wieder straffällig werden“

Die Causa Teichtmeister sorgt für Debatten. Wie umgehen mit derlei Tätern? Die Arbeit in der Bewährungshilfe ist umfassend und auf den individuellen Fall zugeschnitten. Der Verein „Neustart“ gibt Einblicke in die Praxis.

Von Carmen Baumgartner-Pötz

Wien – Zwei Jahre bedingt für das Beschaffen von rund 76.000 Dateien mit Missbrauchsdarstellungen von Kindern und Jugendlichen, so lautet das bereits rechtskräftige Urteil gegen den ehemaligen Burgschauspieler Florian Teichtmeister. Er muss nicht in Haft, aber strenge gerichtliche Weisungen einhalten. Die Unterbringung in einem forensisch-therapeutischen Zentrum wurde ihm unter Setzung einer fünfjährigen Probezeit bedingt nachgesehen – das ist die maximale Dauer, wie es beim österreichweit tätigen Verein Neustart heißt.

Resozialisierungshilfe für Straffällige, Unterstützung von Opfern und Prävention: Diese Dienstleistungen des Vereins erfolgen im Auftrag



Foto: Neustart

„Egal, welches Delikt, es geht immer um Rückfallprävention, also dass die TäterInnen nicht wieder straffällig werden.“

Thomas Marecek
(Verein Neustart)

des Justizministeriums und anderen Auftraggebern auf Basis gesetzlicher Grundlagen. Täterinnen und Täter sollen mit sozialarbeiterischer Unterstützung wieder in die Gesellschaft integriert werden. Thomas Marecek, Pressesprecher von Neustart,



Ex-Schauspieler Florian Teichtmeister vergangene Woche im Gerichtssaal. Das Urteil gegen ihn ist bereits rechtskräftig.

Foto: APA/Gindl

formuliert das übergeordnete Ziel der Bewährungshilfe im Gespräch mit der *TT* so: „Egal, welches Delikt, es geht immer um Rückfallprävention, also dass die TäterInnen nicht wieder straffällig werden.“

Gerade bei Sexualstraf Tätern gebe es eine geringe Rückfallquote, „im niedrigen einstelligen Bereich“, sagt Marecek. Und auch die Widerrufungsquote sei gering: In 92 Prozent aller Fälle bleibe es bei der bedingten Strafnachsicht, weil die Auflagen eingehalten werden.

Teichtmeister etwa wurde vom Gericht dazu verpflichtet, eine 2021 begonnene Psychotherapie fortzusetzen und weiter eine engmaschige psychiatrische Behandlung gegen seine Pädophilie sowie das Sammeln von verbotenen Material im Internet zu absolvieren.

Ein solches Bündel an Maßnahmen ist üblich, weiß Marecek. In der Praxis läuft es so ab, dass Neustart nach Ausfertigung eines Urteils die Zuweisung vom Gericht bekommt. Dann werden die KlientInnen zu einem ersten

Gespräch eingeladen. „Das geht ziemlich schnell, innerhalb weniger Wochen“, so der Neustart-Sprecher. Bei Sexualstraf Tätern sei die Betreuung – die immer 1:1 erfolge – besonders intensiv, mehrere Treffen pro Monat sind üblich. „Es werden Betreuungsziele definiert, eben mit dem Hauptziel der Rückfallprävention und individuell je nach Delikt. Die Voraussetzungen, die die von uns begleiteten KlientInnen mitbringen, sind sehr unterschiedlich“, erklärt Marecek. Bei der Bewährungshilfe

unterscheide man zwischen förderlichen und nicht-förderlichen (kriminogenen) Faktoren. Entscheidend für den Erfolg einer Wiedereingliederung in die Gesellschaft sei unter anderem das soziale Umfeld, ob jemand an einer psychischen Krankheit leide und ob er durch eine regulierte Berufsausübung einen strukturierten Alltag hat – je schlechter die Voraussetzungen, desto höher das Risikopotenzial für einen Rückfall.

Bewährungshilfe, so erklärt es Marecek, sei immer

ein Mix aus „ermutigten und kontrollieren“. Neustart verfasst zu festgelegten Zeitpunkten und später dann auch anlassbezogen Berichte für das Gericht über die Entwicklung. „Resozialisierung ist ein Prozess, der dauert, deshalb auch die teilweise Ausschöpfung der maximalen Probezeit.“ In letzter Konsequenz können die Berichte der Bewährungshelfer auch dazu führen, dass die TäterInnen doch die Haftstrafe antreten müssen.

Sozialarbeiter, die für Sexualstraf Täter zuständig sind, sind im Regelfall darauf spezialisiert. „Es sind sehr tiefgehende Gespräche, die den privatesten Bereich betreffen, und es erfolgt eine intensive Auseinandersetzung mit dem Delikt. Wie ist es dazu gekommen, was sind die Ur-

„Die Bewährungshelfer sind nicht die Polizei oder das Gericht.“

Thomas Marecek

sachen etc. Und es geht darum, mögliche Handlungsalternativen zu erarbeiten, damit es zu keinem Rückfall kommt.“

Wichtig sei von Anfang an, die Rollen gut zu klären: „Die Bewährungshelfer sind nicht die Polizei oder das Gericht. Es ist eine große Herausforderung, den Rahmen abzustechen“, sagt Marecek. Das Thema der sozialen Ächtung sei gerade bei Sexualstraf Tätern groß. „Oft wendet sich das persönliche Umfeld komplett ab. Wie man damit umgeht, ist ein großes Thema in der Bewährungshilfe und in der Arbeit mit den KlientInnen.“

NEOS gegen Geheimnis in Ämtern

Wien – Die NEOS machen in Sachen Informationsfreiheitsgesetz, das das weitgehende Aus des Amtsgeheimnisses bringen soll, jedoch in der Warteschleife hängt, erneut Druck. „Die Regierung muss endlich liefern“, befindet NEOS-Chefin Beate Meinel-Reisinger. Der baldige Prozess wegen Falschsausage gegen Altkanzler Sebastian Kurz (ÖVP) zeige, wie wichtig die Abschaffung des Amtsgeheimnisses sei.

Das Informationsfreiheitsgesetz werde „wie eine heiße Kartoffel“ zwischen Bund und Ländern hin- und hergeschoben. Dafür gebe es stets „neue Ausreden“. Meinel-Reisinger warnt vor „großzügigen Ausnahmen. Wir dürfen nicht zulassen, dass Dunkeldörfer in Österreich entstehen, in denen weiter nach Gutdünken umgewidmet werden kann“, sagte sie in Anspielung auf Grundstücksgeschäfte des Gemeindebund-Präsidenten Alfred Riedl in Grafenwörth. (APA, *TT*)

Mehr Geld für Länder verlangt

Kärntens Landeshauptmann warnt vor Einschränkungen für Bürgerinnen und Bürger.

Wien – Der Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) hat in der ORF-„Pressestunde“ wieder Druck wegen eines neuen Verteilungsschlüssels beim Finanzausgleich gemacht, der zwischen Bund, Ländern und Gemeinden derzeit verhandelt wird. Die Kosten in von den Ländern verantworteten Bereichen wie Pflege, Gesundheit, Kinderbetreuung und Bildung seien „exorbitant gestiegen“; diese benötigten deshalb mehr finanzielle Mittel. Ohne Einigung drohten Einschränkungen bei den Leistungen.

Auch mit dem nun von Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP) ins Spiel gebrachten „Zukunftsfonds“, über den es zweckgewidmetes Geld für Klima, Kinderbetreuung und Wohnen geben soll, gebe es immer noch zu wenig, um den Aufgaben nachzukommen, sagt Kaiser. So seien allein in der Kärntner Krankenanstaltengesellschaft die Kosten für onkologische Arzneimittel von acht auf 26 Millionen Euro



Die Kosten für Pflege, Gesundheit, Kinderbetreuung und Bildung seien „exorbitant gestiegen“, sagt Landeshauptmann Peter Kaiser. Foto: APA/Jäger

gestiegen. Wolle man weiterhin Leistungen auf gutem Niveau, müsse es Reformen geben, etwa im Gesundheitsbereich, befindet Kaiser. „Die finanzielle Dotierung muss aber klar sein.“ Und so pocht er auf den von Landeshauptleuten und Landesfinanzreferenten vorgeschlagenen „vertikalen Finanzausgleich“, bei dem Steuereinnahmen nach einem geänderten Schlüssel

verteilt würden. Daran, dass der Bund die Steuern einhebt, will Kaiser nicht rütteln. Das sei „das Effizienteste, aber auch Effektivste“. Wichtiger sei, dass das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dorthin fließe, wo die jeweilige Leistung für die Menschen erbracht werde.

Im Finanzministerium kann man mit einem „vertikalen Finanzausgleich“ we-

nig anfangen. „Eine bloße Veränderung des Verteilungsschlüssels ist nicht zielführend“, heißt es. Nötig seien gezielte Investitionen in die Bereiche Gesundheit, Pflege und Kinderbetreuung. Der „Zukunftsfonds“ solle zudem dabei helfen, gemeinsame Ziele bei Kinderbetreuung, Wohnen, Klima und Umwelt zu erreichen. Der Wunsch der Länder nach mehr finanziellen Mitteln sei verständlich, aber auch der Bund habe Herausforderungen, müsse daher Schwerpunkte setzen.

Im Gesundheitsbereich hätten alle erkannt, dass Reformen notwendig sind, sagt Kaiser. Sein Begehren: IT-Lösungen, Stärkung der ambulanten Bereiche, Entlastung des stationären Bereichs, Verbesserungen im niedergelassenen Bereich, damit es nicht mehr monatelange Wartezeiten für Eingriffe gebe. All das werde nur gemeinsam möglich sein. „Wie soll eine Reform Bund gegen Länder, Gemeinden, von mir aus noch gegen Ärztekurien, funktionieren?“ (APA, *TT*)

Weber ortet Plagiat bei Bahnchef

Wien – Der als „Plagiatsjäger“ bekannte Kommunikationswissenschaftler Stefan Weber erhebt Vorwürfe gegen ÖBB-Chef Andreas Matthä. Bei dessen Diplomarbeit handle es sich „um einen schweren Bruch mit der akademischen Integrität. Die Arbeit besteht zu wesentlichen Teilen aus zum Teil absatz- bis seitenlangen Textplagiaten.“ Matthä sagt: „Ich habe Studium, Diplomarbeit und Diplomprüfung nach bestem Wissen und Gewissen erledigt.“ Weber befindet: Der „Täuschungsnachweis“ sei „durch die Art des Plagierens nachweisbar“. Der akademische Grad sei abzuerkennen. „Wenn es mit rechten Dingen zugeht, muss Herr Matthä seinen Magistergrad von der FH Wien verlieren. (...) Die Täuschungsabsicht ist evident, wenn nicht nur abgeschlossen wurde, sondern auch die entsprechenden Quellen nie angegeben wurden.“ Selbst das Schlusswort sei „dreist plagiirt“. (APA, *TT*)